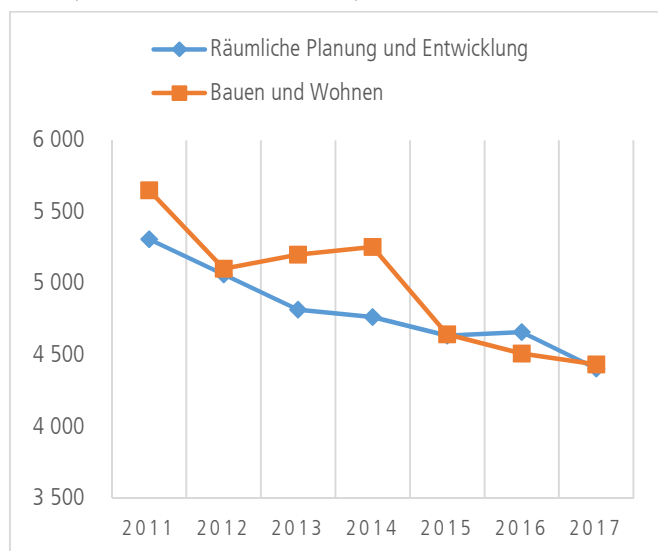


Mehr Personal in der Bauverwaltung befördert den Wohnungsbau

Die Schaffung von leistbarem Wohnraum muss politisch Priorität haben, um die gegenwärtige Krise am Wohnungsmarkt zu bewältigen. Das Land muss die dafür notwendigen Ressourcen bereitstellen, insbesondere Finanzmittel und Personal. Der Trend der vergangenen Jahre zeigt beim Personal allerdings in die verkehrte Richtung. Dem Mantra der „schlanken Verwaltung“ folgend, wurde in den zuständigen Ämtern bei den Kommunalverwaltungen massiv Personal abgebaut. Von 2011 bis 2017 sind die personellen Kapazitäten in den Aufgabefeldern „Räumliche Planung und Entwicklung“ und „Bauen und Wohnen“ um fast 20 Prozent reduziert worden.

Personalentwicklung in der Bauverwaltung in den baden-württembergischen Kommunen (in Vollzeitäquivalenten) von 2011 bis 2017 (Quelle: Statistisches Bundesamt)



Um die Menschen in Baden-Württemberg mit ausreichend Wohnraum zu versorgen, ist die Errichtung von rund 70.000 Wohnungen pro Jahr erforderlich. Zuletzt wurden landesweit

rund 33.500 Wohnungen fertiggestellt. Von den für den Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Mitteln des Landeswohnraumförderprogramms wurden 2017 rund 50 Millionen Euro und 2018 rund 108 Millionen Euro nicht verausgabt. Ein Grund hierfür sind auch personelle Engpässe in den zuständigen Ämtern. Deshalb ist ein Stellenaufbau in den jeweiligen Behörden dringend erforderlich. Nur so können die Kommunen ihre Rolle als die wichtigsten wohnungspolitischen Akteure ausfüllen und auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger zeitnah reagieren.

Der DGB Baden-Württemberg fordert, wieder mehr Personal in den Bau- und Planungsämtern zu beschäftigen. Hierbei muss mindestens das Niveau von 2011 angestrebt werden, als sich die Anspannung des baden-württembergischen Wohnungsmarkts bereits abzeichnete. Ist der Bedarf größer, muss die Zahl der Beschäftigten entsprechend erhöht werden. Es gilt, die zuständigen Ämter in die Lage zu versetzen, Projekte mit kommunalen Wohnungsbaugesellschaften umzusetzen und Quartiere als Wohnort für eine gemischte Bevölkerung weiterzuentwickeln. Der nötige Personalaufbau gelingt nur, wenn Nachwuchskräfte wie auch erfahrene Fachkräfte im öffentlichen Dienst einen attraktiven Arbeitgeber sehen. Hierzu gehören eine gute Bezahlung, Arbeitszeitsouveränität, Weiterbildungsangebote und ein Gesundheitsmanagement. Sachgrundlose Befristungen müssen abgeschafft werden.

Ferner braucht es eine Gesamtstrategie und einen Wissenstransfer zwischen den Kommunen. Gerade kleine Kommunen werden es sehr schwer haben, das entsprechende Personal kurzfristig zu gewinnen. Hier könnte eine zu gründende Landesentwicklungsgesellschaft dabei helfen, das Knowhow zur Schaffung von leistbarem Wohnraum für alle Interessierten verfügbar zu machen.